



Demokratie

werkstatt Aktuell

Mitmachen • Mitbestimmen • Mitgestalten

Nr. 2217

Dienstag, 24. September 2024



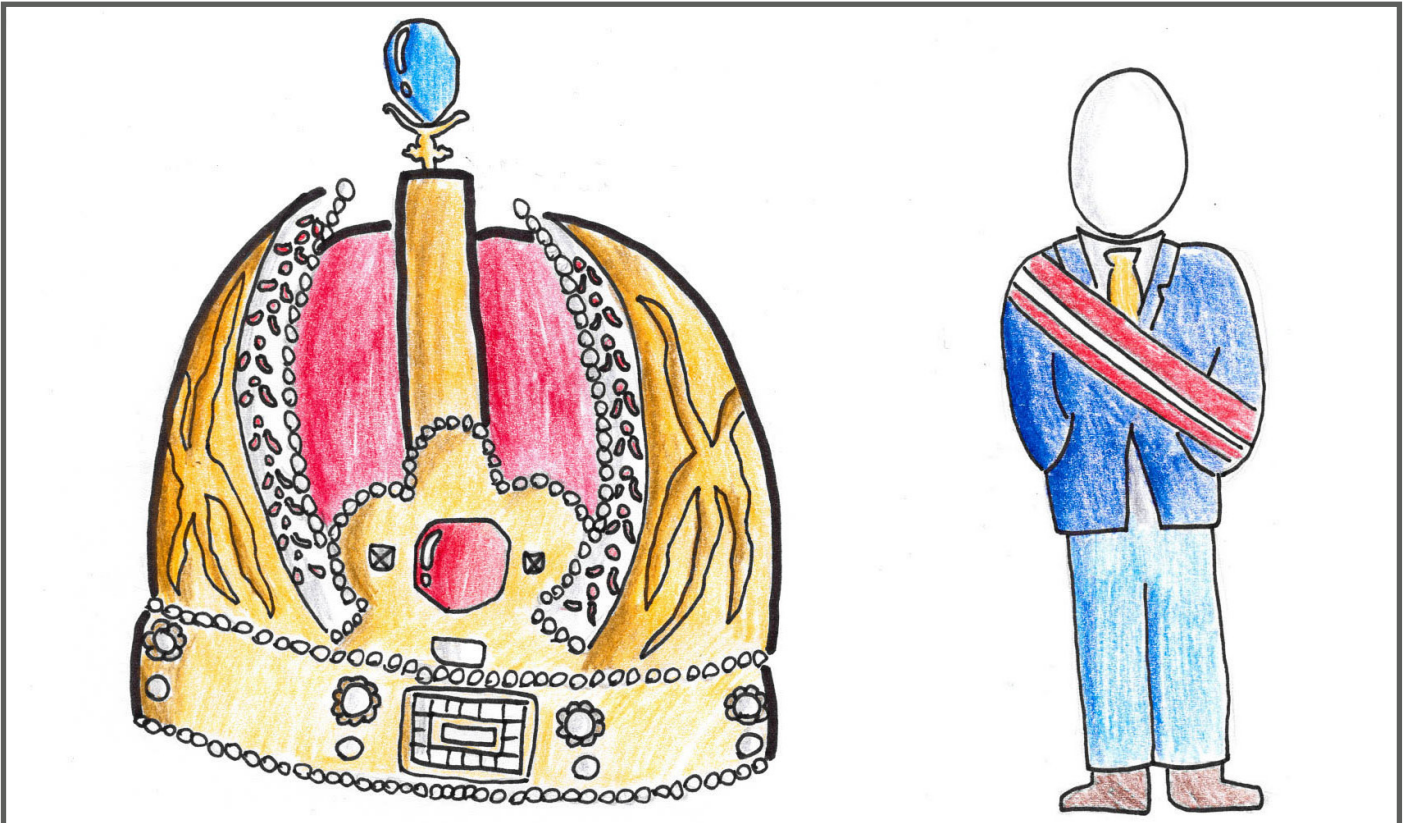
© pixabay

Zeitreise in die Vergangenheit

Der Weg zurück!

Das Ende der Monarchie

Francis (13), Onay (14), David (12) und Samuel (13)



Dieser Artikel beleuchtet die Ereignisse rund um den 12. November 1918 und deren Auswirkungen auf das Land. Wir erklären, was eine Republik ist und wie Österreich eine wurde.

In einer Demokratie wählt das Volk. In einer Diktatur bestimmt nur eine Person oder eine Gruppe von Personen. In einer Republik ist der:die Präsident:in das Staatsoberhaupt. In einer Monarchie wäre es zum Beispiel ein:e König:in oder ein:e Kaiser:in. Nur die Familienmitglieder von Monarchen und Monarchinnen können der:die nächste Kaiser:in oder König:in werden. In Österreich können alle, die mindestens 35 Jahre alt sind und eine österreichische Staatsbürgerschaft haben, Bundespräsident:in

werden. Entschieden wird das durch eine demokratische Wahl.

Österreich war nicht immer eine Republik. Im November 1918 erlebte Österreich eine historische Wende: das Ende der Monarchie und die Ausrufung der Ersten Republik. Bis 1918 war Österreich eine Monarchie unter Kaiser Karl I. Doch nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg und den zunehmenden politischen Unruhen, trat der Kaiser am 11. November 1918 von seinen Regierungsgeschäften zurück. Am 12.

November 1918 wurde die Republik Deutschösterreich ausgerufen. Menschenmassen feierten die Geburtsstunde der demokratischen Republik. Für das Land bedeutete dies das Ende der Habsburgerherrschaft und den Beginn eines neuen demokratischen Systems. Das Volk konnte nun zum Beispiel bei Wahlen mitbestimmen. Und statt eines Kaisers gab es

nun den ersten Präsidenten. Es war ein Neuanfang, aber auch eine Zeit voller Unsicherheiten. Die Menschen waren nicht davon überzeugt, ob diese Staatsform funktionieren könnte. Wir denken, dass die Republik eine gute Idee ist, weil das Volk am besten weiß, was ihm gut tut. Jede Meinung ist wichtig, aber jede Beleidigung und Diskriminierung ist keine Meinung.



Parlament und Gesetze

Teodor (13), Nisa (13), Johanna (13), Anna (13) und Nicolas (13)

In unserem Artikel geht es um die Entstehung und die Aufgaben des österreichischen Parlaments.

Das Parlament besteht aus zwei Kammern: Nationalrat und Bundesrat. Dabei steht der Nationalrat für die Interessen der Bevölkerung und der Bundesrat vertritt die neun Bundesländer. Sie können Gesetze machen und verändern. Gesetze sind Regeln für die Gesellschaft. Diese können manchmal je nach Bundesland variieren (Landesgesetze). Bei den meisten Bundesgesetzen müssen Nationalrat und Bundesrat gemeinsam zustimmen. Der Nationalrat besteht momentan aus fünf Parteien und 183 Abgeordneten. Jedes Bundesland entsendet mehrere Bundesräte und -rätinnen in den Bundesrat;

insgesamt sind es 60. Der Nationalrat und der Bundesrat kontrollieren die Regierung. Die Abgeordneten zum Nationalrat können die Mitglieder der Regierung sehr genau befragen. Das Budget wird durch den Nationalrat abgestimmt. Das Budget ist der Plan, wie viel Geld der Staat im Jahr ausgeben darf. Der Nationalrat wird spätestens alle fünf Jahre gewählt. Ab dem 16. Geburtstag und mit dem Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft darf man mitwählen. Der Nationalrat und der Bundesrat bestimmen auch in Europa mit.



Das österreichische Parlament

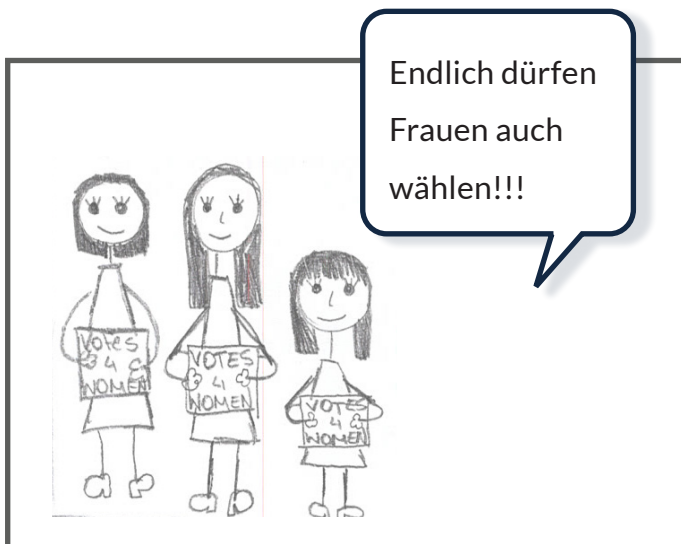


Wir alle sind Zeugen und Zeuginnen historischer Ereignisse.

Sozialgesetze von 1918, 1919

Mit den ersten Gesetzen vom 12. November 1918 legte die provisorische Nationalversammlung die Grundlagen des neuen Staates Österreich fest. Im Artikel 9 wurde das Wahlrecht für alle Geschlechter bekanntgegeben. Am 16. Februar 1919 war die erste Wahl, bei der auch Frauen mitwählen durften. Zu dieser Zeit war die Bevölkerung von Hunger und Not geplagt. 1918 und 1919 schlug Ferdinand Hanusch

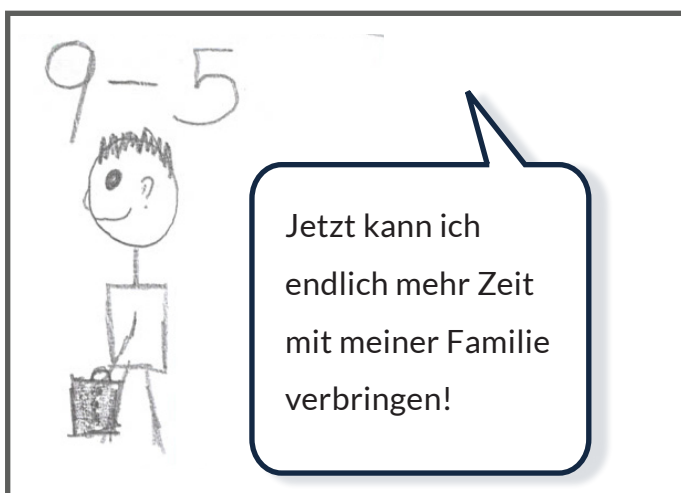
die ersten Sozialgesetze vor. Zum Beispiel das 8-Stunden Arbeitsgesetz, das Sonn- und Feiertagsruhegesetz und das Arbeitsurlaubsgesetz. Auch ein wichtiges Sozialgesetz war die Abschaffung der Arbeitsbücher. Diese Reformen verbesserten die Lebensgrundlagen für Arbeiter:innen und Angestellte und gab ihnen Rechte auf soziale Leistungen. Zum Glück gibt es diese Gesetze auch noch heutzutage.



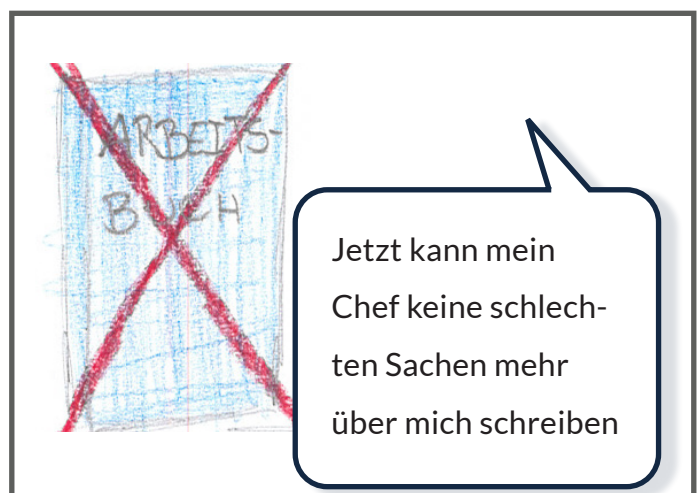
Frauen können wählen



Urlaubsrecht für Arbeiter:innen



8-Stunden Arbeitsgesetz



Abschaffung der Arbeitsbücher

Demokratie und Gleichbehandlung

Lara (13), Evelin (13), Maximilian (13) und Erik (13)



In einer Demokratie sollen alle gleichberechtigt sein. Das war in Österreich nicht immer so. Wir erzählen euch mehr dazu.

Eine Demokratie ist eine Staatsform, in der das Volk bestimmen darf, was im Staat passiert. Daher gibt es das Wahlrecht. In Österreich darf jede:r mit einer österreichischen Staatsbürgerschaft ab dem 16. Geburtstag wählen. In einer Demokratie gibt es wichtige Grundsätze. Viele haben unterschiedliche Meinungen und alle Meinungen sollen akzeptiert werden. Ein wichtiger Grundsatz der Demokratie sind die Menschenrechte. Menschen sollen in einer Demokratie so akzeptiert werden, wie sie sind. Doch das war nicht immer so. Vor allem die Vor-

stellung, wie ein Mann oder eine Frau zu sein haben, war oft sehr einschränkend. Zu Zeiten des Nationalsozialismus waren die Unterschiede von Mann und Frau sehr groß. Es herrschte die Idee, dass die Frau den privaten Haushalt führen, Kinder erziehen und dem Mann als Hausfrau dienen sollte. Frauen wurden aus der Politik ausgeschlossen. Der Mann hingegen musste arbeiten und die Familie versorgen. Leider wurde nach dem Nationalsozialismus die Ungleichbehandlung der Geschlechter bis heute nicht komplett abgeschafft.

Heutzutage werden Löhne immer noch nicht überall gleich verteilt. Vorstellungen von Geschlechterrollen können also einen großen Einfluss auf die Demokratie haben. Wir finden, dass es in einer Demokratie keine Geschlechterungleichheit geben sollte.



Vorstellungen, wie Männer und Frauen zu sein haben, können sehr einschränkend sein.

Österreichs Verfassung

Sarper (13), Luca (14), Cassandra (13), Dina (13) und Lena (13)

In diesem Artikel geht es um Österreichs Verfassung, die Neutralität Österreichs und den Staatsvertrag.

Neutralität

Im Bundes-Verfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 ist die sogenannte „immerwährende Neutralität“ Österreichs verankert, d. h. Österreich ist ein neutraler Staat.

Was bedeutet das? Bei kriegerischen Konflikten mischt sich Österreich nicht militärisch ein und stellt sich nicht aktiv auf eine Seite. Wenn aber Österreich angegriffen wird, darf es sich verteidigen. Österreich tritt keiner militärischen Organisation bei. Österreich verpflichtet sich, seine Neutralität mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten und zu verteidigen.

Der Staatsvertrag

1938 marschierten die Truppen Hitlers in Österreich ein und annektierten das Land. Das bedeutet, dass es in ein anderes Land eingegliedert wird. Von diesem Zeitpunkt an gehörte Österreich zu Nazideutschland. Somit war Österreich kein eigenständiger Staat mehr. 1939-1945 war Österreich unter der Diktatur Hitlers im Zweiten Weltkrieg beteiligt. Am Ende des Krieges wurde Österreich von den vier Siegermächten – den Alliierten – besetzt. Die USA, Frankreich, das Vereinigte Königreich und die Sowjetunion besetzten das Land zehn Jahre lang bis 1955. 1955 wurde der Staats-

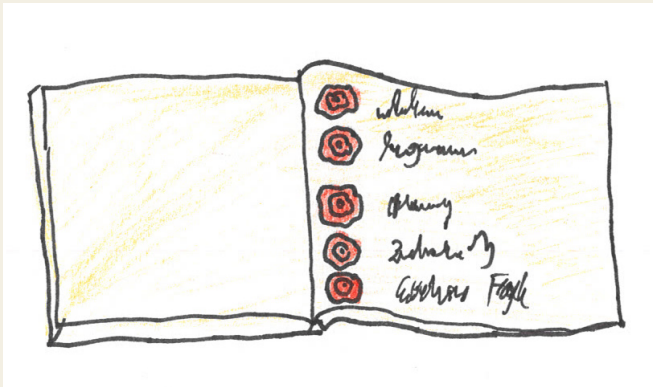
Die Verfassung

In der Verfassung sind die Grundrechte, die jeder und jede hat, aufgeschrieben. In der Verfassung steht, wie der Staat aufgebaut ist, was das Parlament, der:die Bundespräsident:in, die Bundesregierung und die Gerichte machen dürfen und auch müssen. Um die Verfassung zu ändern, braucht man zwei Drittel der Stimmen im Nationalrat und meist auch im Bundesrat.

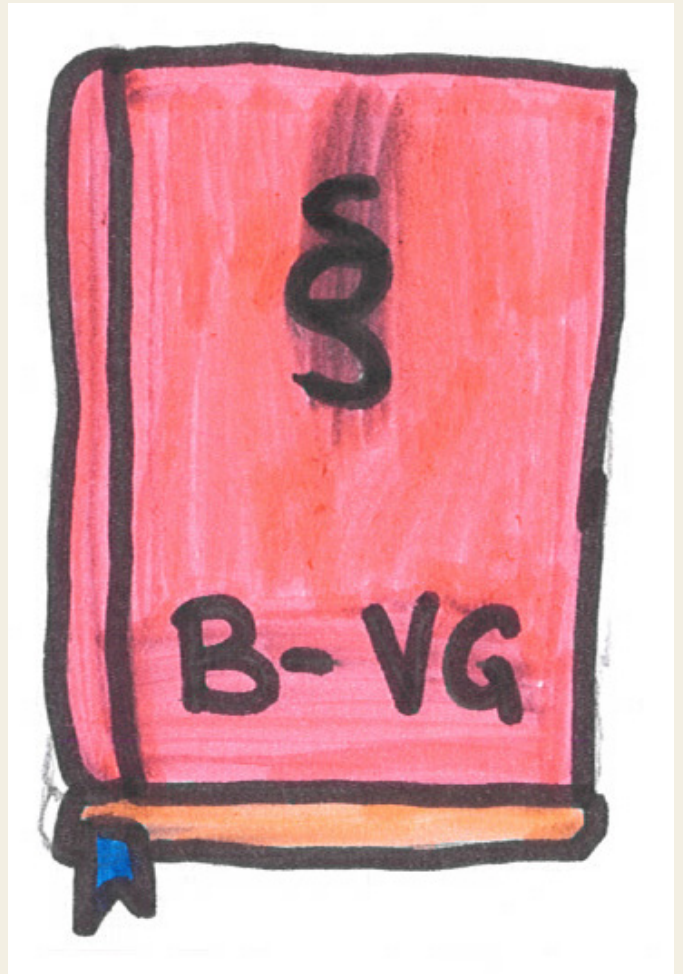
vertrag unterzeichnet. Damit dieser Vertrag zustande kommen konnte, musste Österreich versprechen, neutral zu sein. Das war die Voraussetzung dafür, dass Österreich wieder ein eigenständiger Staat werden konnte.



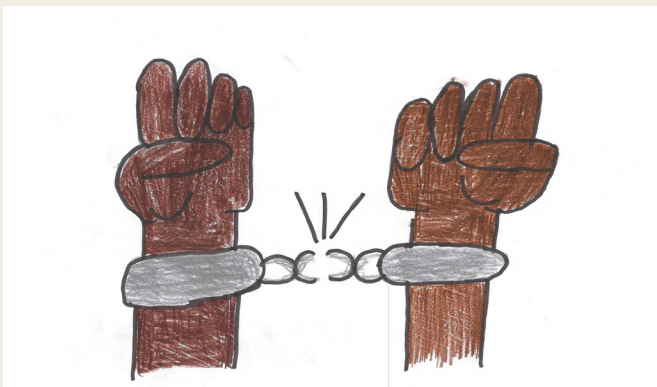
Neutral zu sein bedeutet, keiner Seite zu helfen.



Die Außenminister der vier Alliierten Mächte und der Außenminister von Österreich unterschrieben den Staatsvertrag.



Das österreichische Bundes-Verfassungsgesetz



Auch die Menschenrechte sind in der österreichischen Verfassung enthalten.

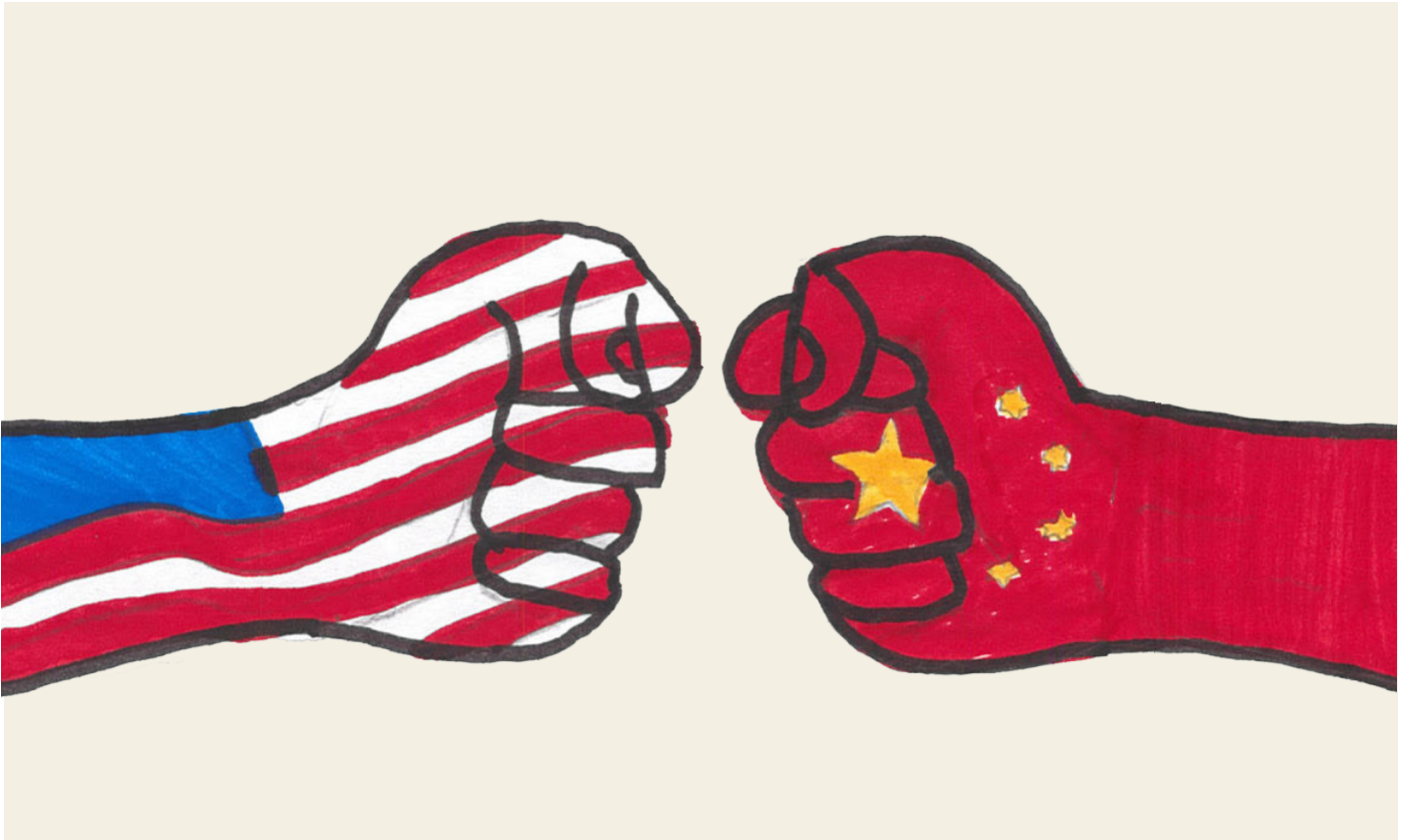


1955 waren unsere Großeltern Kleinkinder.

Unsere Vorfahren waren Zeitzeugen und Zeitzeuginnen der Besatzungszeit.

Konflikt zwischen Ost und West

Matteo (13), Moritz (13), Felix (13), Lena (13) und Adea (13)



Die USA im Westen und die Sowjetunion im Osten waren die zwei großen Blöcke im Kalten Krieg.

In unserem Artikel geht es um die Gewaltentrennung und was passieren kann, wenn sie nicht funktioniert.

Gewaltentrennung heißt, die Macht ist auf verschiedene Bereiche aufgeteilt:

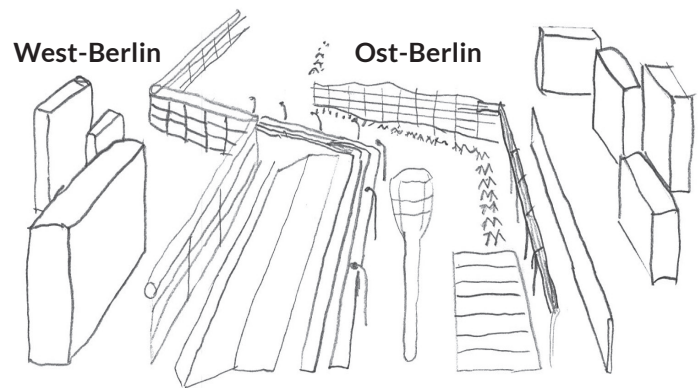
- 1. Legislative:** Das ist das Parlament. Es beschließt Gesetze und kontrolliert die Verwaltung und Regierung.
 - 2. Exekutive:** Die Regierung und Verwaltung setzen die Gesetze um.
 - 3. Judikative:** Die Gerichte können bestrafen, wenn sich jemand nicht an die Regeln hält.
- In einer Demokratie ist es wichtig, dass die

Macht aufgeteilt ist, damit nicht nur eine Person oder eine Gruppe die Macht hat. Weltweit gibt es laut der Menschenrechtsorganisation Freedom House derzeit 83 Staaten, die Demokratien sind. Die meisten befinden sich in Europa. Aber auch in Europa gab es eine Zeit, in der nicht alles demokratisch war. Zum Beispiel im Zweiten Weltkrieg. Und kurz danach begann der „Kalte Krieg“, bei dem es Konflikte zwischen dem Osten und Westen gab.

Der „Kalte Krieg“ war ein Krieg, in dem ohne kriegerische Mittel „gekämpft“ wurde. Zwischen den Gegnern wurde nicht geschossen. Deshalb heißt der Krieg „Kalter Krieg“. Der Konflikt wurde mit Drohungen und mit wechselseitiger Aufrüstung ausgetragen. Beide Seiten häufen immer mehr Waffen an, um den Gegner zu bedrohen. Das nennt man Wettrüsten. So bestand immer die Gefahr, dass aus dem Kalten Krieg ein „heißer“, ein echter Krieg wird. Der Kalte Krieg wird auch Ost-West Konflikt genannt und begann ca. ab 1946/47. Es entstand ein westliches Lager und ein östliches Lager nach dem Zweiten Weltkrieg. Das westliche Lager stand unter der Führung der USA und das östliche unter der Führung der Sowjetunion. Europa war auch vom Kalten Krieg betroffen. Es gab den Eisernen Vorhang zwischen Ost- und Westeuropa. In Deutschland wurde sogar eine Stadt durch eine Mauer geteilt. Das war die Berliner Mauer. Ihre Grenze verlief zwischen West- und Ost-Berlin direkt hinter dem Reichs-

tag. Dort wurde immer streng bewacht und es war fast unmöglich, auf die andere Seite zu kommen.

Der Kalte Krieg war eine schlimme Zeit und für uns unvorstellbar, weil Familien für lange Zeit getrennt wurden und man Freunde und Freundinnen kaum besuchen konnte, wenn sie auf der anderen Seite gewohnt haben.

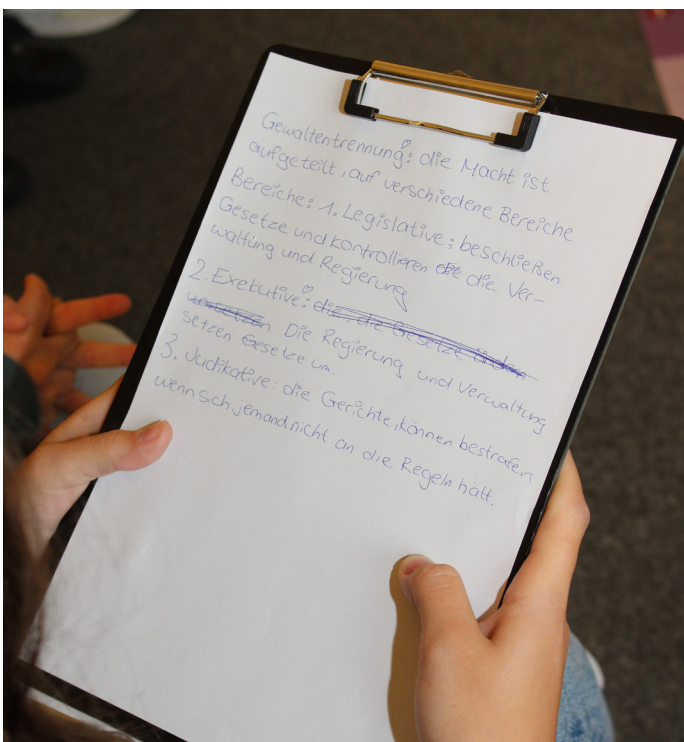


Die Berliner Mauer trennte Ost- und Westberlin.

Quellennachweis:

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-junge-politik-lexikon/320587/kalter-krieg/>
<https://www.demokratiewebstatt.at/thema/thema-die-oeffnung-des-eisernen-vorhangs/der-kalte-krieg>





Impressum

Eigentümerin, Herausgeberin, Verlegerin, Herstellerin:
Parlamentsdirektion

Grundlegende Blattrichtung: Erziehung zum
Demokratiebewusstsein.

Werkstatt Zeitreise

Die in dieser Zeitung wiedergegebenen Inhalte geben die persönliche Meinung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops wieder.

Bildrechte: © Parlamentsdirektion, soweit nicht anders vermerkt.

www.demokratiewerkstatt.at



**Parlament
Österreich**

4G, BG/BRG Schwechat, Ehrenbrunnengasse 6,
2320 Schwechat

